

Auszug aus der Predigt von Norbert Loacker, ÖGB-Vorsitzender Vorarlberg, zum Thema

Barmherzigkeit in der Sozialpolitik

Basilika von Rankweil, am 2. Fastensonntag 2016

Zu Beginn stelle ich heute am 2. Fastensonntag folgende Frage: Katholische Kirche und Österreichischer Gewerkschaftsbund - wie passt das zusammen?

Sehr gut, so meine ich. Das haben wir in der jüngsten Vergangenheit bei gemeinsamen Veranstaltungen und Initiativen gezeigt. So als es gegen massive Angriffe um den Erhalt des arbeitsfreien Sonntags ging. Wir haben dazu auch in den Medien klar Stellung bezogen und dann zusammen mit anderen Organisationen eine Allianz gebildet.

Weiters darf ich erwähnen, dass Papst Franziskus in seiner verantwortungsvollen Aufgabe für mich einen sehr guten, sehr menschlichen und gerechten Eindruck macht und weltweit großes Vertrauen genießt. Dasselbe gilt für unseren [Bischof Erwin Kräutler](#), der durch sein Wirken ein Leben lang gezeigt und bewiesen hat, auf welcher Seite er steht, immer auf Seite jener Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind.

Auch meine persönlichen Erlebnisse mit führenden Geistlichen auf Landesebene sind für mich sowie für die Gewerkschaftsbewegung ebenfalls sehr wertvoll. Erwähnenswert ist auch ein Projekt der FIDESCO, eine kath. Organisation für internationale Entwicklung, die seit dem Jahr 2000 eine Ausbildungsmöglichkeit für Techniker in Enugu in Nigeria geschaffen hat.

Von daher ist es doch nicht so etwas Besonderes, wenn ich heute hier stehe und ihnen meine Gedanken zum Thema Barmherzigkeit in der Sozialpolitik vortragen darf.

Das ist gerade heute ein aktuelles Thema – in und außerhalb der Kirchen. Wenn wir uns die politischen Debatten und Auseinandersetzungen rund um die Mindestsicherung und die Flüchtlinge vergegenwärtigen, dann sind wir mitten in diesem Thema. In der heiligen Schrift ist – so mein Verständnis – die Sache eigentlich klar.

Das Gleichnis vom Barmherzigen Samariter, das besagt, dass mein Nächster der ist, der Hilfe braucht, unabhängig von seiner Nationalität und seiner Religion, gibt uns hier eine ganz klare Leitlinie für das Handeln vor. Helfen, dort wo Not am Mann oder Not an der Frau ist.

”Ich bin hungrig gewesen und ihr habt mir zu essen gegeben. Ich bin durstig gewesen und ihr habt mir zu trinken gegeben. Ich bin ein Fremder gewesen und ihr habt mich aufgenommen. ... Und der König wird antworten und zu ihnen sagen: Wahrlich, ich sage euch: Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.“ (Matth. 25).

Und da ist auch kein Platz für rassistische oder religiöse Ressentiments, irgendwelche Obergrenzen, Kürzungen der Lebensgrundlagen, ein Auseinanderdividieren von sozial Bedürftigen und Flüchtlingen und dergleichen wie heutzutage vor allem auch „christliche“ Politiker leider immer mehr fordern. Ich lehne dies aus tiefster Überzeugung ab. Menschen auf der Flucht ist Obdach und Hilfe zu geben – ohne Wenn und Aber. Stacheldrähte und Wachtürme sollten endgültig der Vergangenheit angehören, das ist etwas für Geschichtsbücher, das ist nichts für uns.

Für mich stellt sich nie die Frage, ob wir den Kriegsflüchtlingen helfen sollen, sondern wie wir ihnen helfen können. Und was die Größenordnung anbelangt: Wir haben bei uns im Ländle rund 3.500 geflüchtete Menschen derzeit aufgenommen, das ist weniger als 1% der Gesamtbevölkerung. Das soll für unser reiches Land und die Integration wirklich ein zu großes Problem sein?

Ich glaube nicht – und fühle mich hier sehr vielen Helferinnen und Helfern, insbesondere den kirchlichen Organisationen wie Caritas, weiters Rotes Kreuz, Ärzte ohne Grenzen und anderen Organisationen verbunden.

Es war und ist großartig, was sie zur Unterstützung bisher geleistet und auf die Beine gestellt haben. Sie haben damit ein gutes, christliches Zeichen und Beispiel gesetzt. **Doch der Druck in die Gegenrichtung wird stärker, es wird zunehmend sozial kälter.**

Die deutsche Bundeskanzlerin Merkel hat menschliche Größe gezeigt, Bayern dagegen fährt einen schärferen Kurs, ich nenne das Bayrische Bierzeltpolitik auf der Wiesn. Frau Merkel musste daher in ihrer Haltung stark nachgeben und zurückrudern.

In Österreich, ein ähnliches Bild. Auch da geben einige Scharfmacher inzwischen den Ton an, selbst die Mindestsicherung wird massiv in Frage gestellt, der Ruf nach Kürzung von Sozialleistungen wird hörbar lauter. Dazu fällt mir nur folgendes ein: **Die schlimmste Art der Ungerechtigkeit ist die vorgespülte Gerechtigkeit.**

So erleben wir fast täglich, dass unser Sozialstaat mehr und mehr in Frage gestellt wird bzw. einzelne wichtige Eckpfeiler aus den erkämpften Errungenschaften herausgebrochen werden sollen. Mindestlöhne, Reduktion der Arbeitszeit, Arbeitslosen- und Krankengeld, Absicherung zur Versorgung im Alter – all das war nicht selbstverständlich, sondern musste gegen massive Widerstände erst durchgesetzt werden. Hier haben auch GewerkschafterInnen und Betriebsräte mit großem Engagement für die Durchsetzung dieser wichtigen und sinnvollen Maßnahmen und Leistungen gesorgt. Dies durchaus auch im Sinne der Nächstenliebe. **Christliche Nächstenliebe bedeutet nämlich nicht nur, den Armen zu helfen, sondern vor allem zu verhindern, dass es Arme gibt.**

Und wir haben uns auch in Zeiten als der Sozialstaat als altmodisch und überholt dargestellt und kritisiert wurde, nicht davon abbringen lassen. Zum Glück. Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 hat uns allen den großen Wert sozialstaatlicher Sicherungen deutlich vor Augen geführt.

So ist es uns gemeinsam mit den Sozialpartnern gelungen in der schlimmen Krisenzeit 2009 Massenentlassungen zu verhindern. Wir haben z. B. mit Kurzarbeit alle an einem Strang gezogen und gemeinsam das Auskommen aller KollegInnen gesichert. Das war und ist beispielhafte und gelebte Solidarität, denn, Kündigungen zu verhindern, auch das ist Nächstenliebe.

Gleiches gilt auch für unser – ich spreche jetzt als Gewerkschafter - ständiges Bemühen, die Einkommen der Menschen zu sichern. In der KV/Lohnpolitik sind wir seit Jahrzehnten bemüht, vor allem die unteren Lohngruppen stärker anzuheben. Gleiches gilt für die Mindestlöhne. Und wenn wir uns für eine gerechte Verteilung des Reichtums einsetzen, dann nicht aus Neid, sondern aus Gründen der Gerechtigkeit und sozialen Verantwortung.

In dem Zusammenhang ein deutliches Wort zu der momentanen unsäglichen „Diskussion“ über die Mindestsicherung: Die wird so dargestellt, als ob es eine komfortable „Hängematte“ wäre, in der es sich viele gemütlich machen und andere für sich schufte lassen. Zu diesen schäbigen Unterstellungen nur ein paar Fakten zur Richtigstellung:

Eine Person bekommt derzeit maximal 837 € Euro netto Mindestsicherung pro Monat - zwölf Mal pro Jahr. Wer Mindestsicherung beantragt, muss belegen, dass nicht mehr als 4.188 Euro an Erspartem oder Besitz vorhanden sind. Wohnung oder Auto müssen verkauft werden, außer ein - kleines - Auto ist für den Weg zur Arbeit unverzichtbar. Weitere Fakten sind: 300 € bekommt der statistisch durchschnittliche Mindestsicherungsbezieher, 20 % der Mindestsicherungsbezieher sind Alleinerziehende, 52.326 der Bezieher sind Kinder, 8,2 Monate lang wird im Schnitt Mindestsicherung bezogen, 600 Millionen Euro kostet die Mindestsicherung pro Jahr, das sind exakt 0,4 Prozent des Österreichischen Budgets.

Ein reicher Staat wie Österreich muss es sich leisten können, den Ärmsten im Land ein Überleben in Würde zu gewähren und ihnen gleichzeitig die Chance bieten, wieder zurück zu einem selbstbestimmten Leben durch eine Erwerbsarbeit finden.

Unser Sozialversicherungssystem ist hierfür eine zentrale Säule für den Zusammenhalt unserer modernen Gesellschaft. Ihre Wurzeln reichen bis ins Mittelalter zurück, zu einer gesetzlichen Regelung der Sozialversicherung im heutigen Sinn kam es erstmals im Jahre 1889.

Ein Meilenstein in der Entwicklung war das ab Januar 1956 geltende Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, oft ASVG genannt. Es fasste die Kranken-, Unfall und Pensionsversicherung für die Arbeiter und Angestellte in Industrie, Bergbau, Gewerbe, Handel, Verkehr und Land- und Forstwirtschaft zusammen und regelte außerdem die Krankenversicherung der Pensionisten.

Seit dem wurde dieses System ständig weiter entwickelt und ausgebaut. Es hat sich über die Jahrzehnte bewährt und ist zu einem unverzichtbaren Grundpfeiler unseres Sozialstaats und zur Bekämpfung von Armut im Krankheits-, Unfall oder Arbeitslosenfall geworden.

Und wenn auch in Österreich einige Spitzenpolitiker behaupten, das können wir uns nicht mehr leisten, (gemeint sind Mindestsicherung sowie Sozialleistungen), so ist das schlicht und einfach falsch. Ich habe dazu eine klare Botschaft: Die Einkommensschere ist in den letzten Jahren weiter auseinander gegangen, die Vermögen sind auch bei uns alles andere als gerecht verteilt. Da gibt es eine gewaltige Schieflage, die gehört rasch korrigiert.

Geld ist mehr als genug vorhanden, nur falsch verteilt. Zum Gegensteuern gäbe es wirksame Instrumente wie Wertschöpfungsabgabe oder Finanztransaktionssteuer, aus meiner Sicht ist die europaweite Einführung längst überfällig. Das hätte für die Reichen und Superreichen sogar einen Vorteil: Diese Betroffenen müssten sich dann nicht mehr so viel Gedanken machen, wie und wo sie ihre Millionen oder Milliarden EURO oder Dollar steuerschonend verstecken sollen. Wen meine ich mit Reichen und Superreichen? Genau jene 1 %, die derzeit 99% des Weltvermögens besitzen.

Von daher verteidigen wir GewerkschafterInnen ganz entschieden diesen Sozialstaat und seine Errungenschaften. Wir werden dafür als „Sozialromantiker“ kritisiert, aber das halten wir spielend aus. Uns geht es dabei ausschließlich um Menschen, ihre Würde und ihr Leben.

Ihnen zu helfen, sie zu unterstützen, ist tätige Nächstenliebe ganz im Sinne von Papst Franziskus. „Echte Nächstenliebe und Barmherzigkeit, so wie sie Gott eigen ist und wie er sie uns zeigt, verlangt nach Gerechtigkeit, verlangt danach, dass der Arme einen Weg findet, nicht mehr arm zu sein.“

Die Grundlage, sich für soziale Gerechtigkeit einzusetzen und dafür täglich zu kämpfen ist, Barmherzigkeit zu leben. So zu leben, dass mein Gegenüber das spürt, mir das glaubt. Also Barmherzigkeit fühlen, im Herzen spüren und erleben. Ich sehe das auch als Kernaufgabe für Betriebsräte und auch für Gewerkschaften.

Nun, heute ist leicht zu erkennen, dass wir uns mitten in einem gigantischen Verteilungskampf befinden, der durch aktuelle Vorkommnisse –Stichwort – Flüchtlinge verstärkt und beschleunigt wird.

„Ändere die Welt – sie braucht es“ forderte schon Bertold Brecht – denn heute besitzen 1 Prozent der Reichsten genauso viele Vermögenswerte wie 99 % aller Erdbewohner. Daraus ergibt sich die spannende Frage: **In welcher Welt wollen wir leben?** Wollen wir die kannibalische Weltordnung weiterhin ertragen, in der die Oligarchen des globalisierten Finanzkapitals über Hunderte von Millionen im Elend lebender Menschen herrschen? Oder wollen wir eine Welt erschaffen, in der die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker gewahrt und Gerechtigkeit und Solidarität mit den Schwächsten geübt werden? **Wir müssen uns entscheiden.** Gestützt auf seine Erfahrungen als UNO-Sonderberichterstatter und seine Forschungen als Soziologe liefert [Jean Ziegler](#) Instrumente, um die Geschichte der Weltordnung und ihre Widersprüche zu verstehen.

Wo ist Hoffnung? Sie gründet auf der erstarkenden planetarischen Zivilgesellschaft, auf der Vielfalt sozialen Widerstandsfronten, auf ihren Kampf gegen Ausbeutung, Gewalt und Marktradikalismus. Jean Ziegler will mit seinem Buch die intellektuellen Waffen für diesen Kampf liefern. Denn die Menschen im Widerstand, nicht das Kapital, sind das Subjekt der Geschichte. Und weiter sagt Ziegler: „Zum 1. Mal in der Geschichte unseres Planeten ist heute der objektive Mangel an materiellen Gütern, die zum elementaren Überleben der Menschen nötig sind, überwunden.“

In den letzten 130 Jahren hat die Menschheit eine großartige Abfolge wissenschaftlicher, technischer, elektronischer und industrieller Revolutionen erlebt, die das Potential der Produktivkräfte auf unserem Planeten auf außerordentliche und vollkommen unvorhersehbare Weise um ein Vielfaches gesteigert haben. Der objektive Mangel wurde tatsächlich überwunden.

Ich nenne nur ein einziges Beispiel: das tägliche Massaker des Hungers, dem jedes Jahr viele Millionen Menschen zum Opfer fallen. Zum ersten Mal in der Geschichte besteht heute das Problem nicht darin, dass zu wenig Nahrungsmittel erzeugt werden, sondern, dass auf skandalöse Weise Menschen aus Mangel an finanziellen Mitteln keinen Zugang zu Nahrungsmitteln haben, die andernorts im Überfluss vorhanden sind.

Im Jahr 1776, als revolutionäre Denker die älteste Erklärung der Menschenrechte in Philadelphia verabschiedeten, kam das Menschenrecht auf das Streben nach Glück noch einer Utopie gleich. Die auf dem Planeten verfügbaren Güter reichten ganz einfach nicht aus, um die Grundbedürfnisse aller zu befriedigen. Heute hingegen könnte dieses Recht für alle Menschen Realität werden, egal wo und in welcher Gesellschaft sie leben. Um genau zu sein, ich spreche hier von materiellen Bedürfnissen und materiellen Gütern zu ihrer Befriedigung.

Das immaterielle Unglück – Einsamkeit, Liebeskummer, Trauer, Verzweiflung – sind ein anderes Kapitel. Aber, sagt Ziegler – darauf beharre ich: **Das materielle Leid, das immer noch Hunderte Millionen unserer Zeitgenossen quält, könnte morgen beseitigt sein.**

Wir leben in einer absurden Weltordnung. Jeder von uns, an welchem Ort er sich befindet und zu welcher Gesellschaft er gehört, kann viel zu ihrer Bekämpfung und Überwindung beitragen. Die kollektive Existenz der Menschen ist überall von Ungleichheit geprägt. Es gibt eine physische, psychische, biochemische oder, natürliche Ungleichheit zwischen den Menschen. Die körperlichen und geistigen Gaben sind ungleich verteilt.

Dieser primären Ungleichheit stellt er eine zweite an die Seite, die gesellschaftliche Ungleichheit. Wo immer sie auftaucht, richtet sie schreckliche Verwüstungen an. Nun ist in den Beziehungen zwischen Mensch und Mensch das Schlimmste, was dem einen widerfahren kann, dem Belieben des anderen ausgeliefert zu sein.

Heute stirbt alle 5 Sekunden ein Kind unter 10 Jahren an Hunger oder einer durch Unterernährung verursachten Krankheit. Im Jahr 2014 starben mehr Menschen an Hunger als in sämtlichen Kriegen, die in diesem Jahr geführt wurden. Hunger bedeutet schweres Leid, Schwächung der motorischen und mentalen Fähigkeiten, Ausschluss aus dem aktiven Leben, Verlust der wirtschaftlichen Autonomie, Angst vor dem nächsten Tag. Er endet in einem schrecklichen Todeskampf. 2013 starben 14 Millionen an Hunger oder seinen unmittelbaren Folgen. Damit ist Hunger die Haupttodesursache auf unserem Planeten. Und der Hunger ist von Menschen gemacht, so Ziegler.

Ein weiteres Hauptproblem der Menschen sind die grausamen Kriege. Und wer gegen Kriege ist – ich unterstelle wir alle – muss sich für ein weltweites Verbot der Herstellung von Waffen einsetzen und engagieren. Für mich ist eines sicher: Ohne Waffen würde es keine Kriege mehr geben und damit könnte auch die Massenflucht von Menschen eingedämmt, vielleicht sogar verhindert werden.

Was die Frage der Einkommensverteilung und die Frage der sozialen Absicherung für die Zukunft betrifft, hat [Pater Herwig Büchele](#) vor mehr als 30 Jahren seine Ideen eines „Bedingungslosen Grundeinkommens“ als Zukunftsvision auch in Büchern höchst erfolgreich präsentiert. Seine Bücher sind sehr interessant und daher auch heute noch aktueller denn je.

Ich komme zurück zu Papst Franziskus, der in seiner relativ kurzen Amtszeit bewiesen hat, dass er die Welt verändern möchte und wir ihn dabei auch unterstützen sollten. In seinem neuen Buch mit dem Titel: [Der Name Gottes ist Barmherzigkeit](#) schreibt er: Die Kirche ist nicht auf der Welt, um zu verurteilen, sondern um den Weg zu bereiten für die ursprüngliche Liebe, die die Barmherzigkeit Gottes ist. Damit das geschehen kann, müssen wir hinausgehen auf die Straße. Hinaus aus den Kirchen und Pfarrhäusern, um den Menschen dort zu begegnen, wo sie leben - wo sie leiden - wo sie hoffen, so Papst Franziskus.

Auch ich habe Hoffnungen: Ich wünsche mir, dass in der Zukunft alle Menschen eine faire Chance auf ein Leben ohne Hunger, ein Leben in Frieden, ein Leben mit einem Mindestmaß an Einkommen, an Sicherheit und die Sicherheit, zu überleben – kurz gefasst ein Leben mit Perspektive – bekommen. Wir alle sind eingeladen, in unserem täglichen Leben einen Beitrag zu leisten. Ich meine damit auch die Bereitschaft zum Teilen.